



ÜBER MIGRATION SPRECHEN: EIN PLÄDOYER FÜR EHRliche KOMMUNIKATION

Zusammenfassung

Migration wird in politischen und medialen Debatten häufig als Krise, die es zu lösen gilt, dargestellt. Dieses Krisen-Framing in der politischen und medialen Öffentlichkeit und die damit einhergehende Verunsicherung hat die europäischen Wählerinnen und Wähler zunehmend in die Arme von populistischen Parteien getrieben, die scheinbar "einfache" Antworten wie Migrationsquoten, Pushbacks oder Massenabschiebungen fordern.

Allerdings ist es einfacher, derartige Maßnahmen zu versprechen, als sie tatsächlich umzusetzen. Daher enttäuschen populistische Parteien ihre Wähler:innen in dieser Hinsicht oft. Darüber hinaus ist es unwahrscheinlich, dass solche Maßnahmen die Bedenken und Ängste der Menschen in Bezug auf Migration zerstreuen – oder dass die Herausforderungen für die europäischen Staaten dadurch gelöst werden könnten.

Auf der anderen Seite schlagen die Befürworter:innen einer liberaleren Politik häufig ihre eigenen simplen Lösungen vor, beispielsweise die Ausweitung sicherer und legaler Migrationsrouten, um gefährliche oder irreguläre Migrationsbewegungen zu reduzieren – obwohl es kaum Belege dafür gibt, dass dieser Ansatz wirklich effektiv wäre.

Diese Vorgehensweisen auf beiden Seiten schüren eine Polarisierung und unterschätzen die Komplexität des Themas Migration. Gleichzeitig überschätzen sie die Wirksamkeit der verfügbaren politischen Instrumente zur Migrationsregulierung und ignorieren potenziell schwerwiegende Folgen. In diesem Beitrag wird untersucht, welche Auswirkungen dies auf die politischen Debatten hat und wie Polarisierung abgebaut und eine ehrliche sowie realitätsgerechte Migrationspolitik entwickelt werden kann.



AUTOR

Rob McNeil

Forscher und Berater
spezialisiert auf Migration in den
Medien und stellvertretender
Direktor des Migration Observatory
am Zentrum für Migration,
Politik und Gesellschaft der
Universität Oxford (COMPAS)

FEPS
FOUNDATION FOR EUROPEAN
PROGRESSIVE STUDIES



THE FOUNDATION FOR EUROPEAN PROGRESSIVE STUDIES (FEPS)

European Political Foundation – N° 4 BE 896.230.213
Avenue des Arts 46,
1000 Brüssel (Belgien)
www.feps-europe.eu
@FEPS_Europe

IN ZUSAMMENARBEIT MIT:



FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG EU-BÜRO BRÜSSEL

Rue du Taciturne 38,
1000 Brüssel (Belgien)
<https://brussels.fes.de>
@FES_Europa



Dieses politische Briefing wurde mit finanzieller Unterstützung des Europäischen Parlaments erstellt. Es spiegelt nicht die Meinung des Europäischen Parlaments wieder.

Diese politische Studie gibt nur die Meinung der Autorinnen und Autoren wieder und nicht notwendigerweise die Ansichten von FEPS und FES.

Copyright © 2023 liegt bei der Stiftung für Europäische Progressive Studien & der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Front page photo: © European Union/Cellou Binani

Foto auf der Titelseite: Shutterstock.com/ ganjalex

Übersetzung aus dem Englischen: Tim Steins

Layout und Satz: Hanno Schreiber

KBR-Hinterlegungsnummer: D/2023/15396./40

ZENTRALE ERKENNTNISSE

1. Der Großteil der Migration nach sowie innerhalb Europas ist legal, alltäglich und unkontrovers. In den Medien und politischen Debatten geht es derzeit meist um sogenannte irreguläre Migration, Asyl und andere Aspekte, die gemeinhin als problematisch bewertet werden. Dies nährt den ungerechtfertigten Eindruck, Migration sei in einer Dauerkrise.
2. Migration ist weder ein singulärer noch ein einheitlicher Prozess. Sie muss als eine Reihe von Phänomenen verstanden werden, die von der Mobilität der einkommensstarken Eliten über die Freizügigkeit von Arbeiter:innen bis hin zu Asylsuchenden und irregulärer Migration reichen.
3. Viele der vorgeschlagenen Maßnahmen zur Steuerung von Migration sind symbolisch; sie sollen eine politische Basis ansprechen und dienen nicht dazu tatsächliche, realistische Ergebnisse zu erzielen.
4. Wenn Politiker:innen unrealistische Versprechen dazu machen, was sie erreichen können, untergräbt dies das Vertrauen in demokratische Institutionen.
5. Die Erwartungen der Bevölkerung (und insbesondere ihrer konservativen Teile) in Bezug auf Ehrlichkeit, Verantwortungsbewusstsein und Rechenschaftspflicht von Staatsbediensteten zu unterstreichen, kann dazu beitragen, die Migrationsdebatte weg vom bisherigen "Krisen-Framing" sowie unrealistischen, restriktiven Zielvorstellungen von Rechts zu führen. Ebenso kann eine Abkehr von Behauptungen, dass einfache Lösungen Probleme schnell lösen können, dazu beitragen, die allgemeine Polarisierung zu reduzieren.

Einleitung

In den vergangenen Jahren haben diverse Studien gezeigt, dass das Vertrauen in die Politik, die Medien und die wichtigsten demokratischen Institutionen in ganz Europa (und anderen einkommensstarken Regionen der Welt) stagniert oder sinkt.¹ Dieses schwindende Vertrauen der Öffentlichkeit geht einher mit einem Erstarken populistischer Rhetorik, die auf Polarisierung, Parolen und Symbolpolitik setzt. Dabei ist Migration oft ein zentrales Thema. Schlagworte wie "Kontrolle zurückgewinnen",² "die Boote stoppen"³ oder Förderung und "Schutz unserer europäischen Lebensweise"⁴ werden

von Politiker:innen in Migrationsdebatten gerne verwendet. Dabei vermischt sich die Rhetorik von Mainstream-Politiker:innen allmählich mit der der radikalen Rechten und ihren Beschreibungen von "Invasionen"⁵ und "Flüchtlingsflut".⁶

Dies hat eine gesteigerte Aufmerksamkeit für das Thema Migration zur Folge, das von Medien und Politik dargestellt wird, als befände es sich in einer "Dauerkrise".⁷ Diese erhöhte Aufmerksamkeit kommt rechten und rechtsradikalen Parteien zugute,⁸ was wiederum dazu zu führen scheint, dass sich politische Entscheidungsträger:innen rechtsradikalen Positionen zum Thema Migration annähern:

"Wenn sie [rechtsradikale Parteien] eine günstige politische Gelegenheit erkennen, erhöhen sie die Aufmerksamkeit für ihre Themen und scheinen dabei auch ihre politischen Konkurrenten dazu zu bewegen, dies ebenfalls zu tun." (Gessler & Hunger 2022).⁹

Doch während zahlreiche Parteien in ganz Europa immer radikalere Lösungen für sogenannte "Asylbewerberströme" versprechen – vom Wahlversprechen der italienischen Ministerpräsidentin Giorgia Meloni einer "Seeblockade" (siehe Anhang 2) bis hin zur britischen Rwanda Policy und dem Illegal Migration Act – ist es kaum gelungen, diese Bewegungen tatsächlich deutlich zu reduzieren. Diese Situation wird als "populistische Diskrepanz" bezeichnet.¹⁰

NGOs und progressive Organisationen versuchen in der Regel, den restriktiven Vorschlägen rechter Parteien andere – oft ähnlich vereinfachende – Argumente entgegenzusetzen. Dazu gehört vor allem die These, dass durch die Ausweitung "sicherer und legaler" Routen die irreguläre Migration und die gefährlichen Reisen von Asylsuchenden radikal reduziert würden. Es gibt zwar viele gute Argumente für die Ausweitung sicherer und legaler Routen, aber es finden sich kaum Belege dafür, dass diese Ausweitung die irreguläre Migration oder gefährliche Überfahrten wirklich deutlich reduzieren würde. Einige argumentieren, dass ein solcher Ansatz die Migration sogar verstärken könnte¹¹ (siehe Anhang 2).

Das führt dazu, dass die Kluft zwischen dem Druck, das "Problem zu lösen" und dem Erreichen dieses Ziels, oftmals sehr groß ist. Radikale Positionen, sowohl von der politischen Linken als auch Rechten, sind meist kaum mehr als symbolische Gesten, die eher darauf abzielen, die eigene politische Basis zu stärken, als ernsthaft Migrationsbewegungen zu regulieren.¹²

In diesem Beitrag untersuchen wir, wie es möglich wäre, Migration nicht mehr als "Krise"

zu betrachten und den Bedarf an symbolischen Maßnahmen zu ihrer "Lösung" zu verringern, indem wir die Migration nach Europa ehrlich kontextualisieren und sowohl konservative als auch liberale Akteur:innen in der Debatte von ihren polarisierten Positionen ab- und somit einem Konsens näherbringen.

Wie würde eine ehrlichere Medien- und Politikdebatte zum Thema Migration in Europa aussehen?

Die Migrationsdebatte in Europa muss über die Asyldebatte hinausgehen. Migration ist seit Jahrtausenden ein wesentlicher Bestandteil der europäischen Gesellschaften. Internationaler Handel, Heirat, Kolonialisierung, Arbeitsmobilität, Eroberung und Besiedlung, religiöse Verfolgung und Entdeckungsreisen haben den Kontinent zu dem gemacht, was er heute ist. Migration wird den Kontinent auch zukünftig unweigerlich prägen. Der Großteil der Migration ist ebenso legal wie unkontrovers: Unsere Gesellschaften altern, unsere staatlichen Einrichtungen und diverse Industriebranchen sind oft unterbesetzt und wir konkurrieren immer stärker auf globalen Märkten. Migration ist kein Allheilmittel für diese Herausforderungen, aber sie ist ein unverzichtbares Element, um sie anzugehen.

Trotz dieser Fakten haben sich Journalist:innen, die über Migrationsdebatten berichten, in den vergangenen Jahren vor allem auf die



Der Großteil der Migration ist ebenso legal wie unkontrovers [...]. Trotz dieser Fakten haben sich Journalist:innen, die über Migrationsdebatten berichten, in den vergangenen Jahren vor allem auf die Themen Flucht, Asyl und irreguläre Migration konzentriert, was die tatsächliche Struktur der Migrationsbewegungen außerhalb, sowie innerhalb, der EU falsch darstellt.



Themen Flucht, Asyl und irreguläre Migration konzentriert,¹³ was die tatsächliche Struktur der Migrationsbewegungen außerhalb, sowie innerhalb, der EU falsch darstellt.

Eurostat-Daten zeigen, dass im Jahr 2021 rund 2,93 Millionen Erstaufenthaltsgenehmigungen in der EU ausgestellt wurden, davon 45 Prozent aus Arbeitsgründen, 24 Prozent für Familienangehörige, zwölf Prozent aus Bildungsgründen und nur neun für Asyl (siehe Anhang 1 Abb. 1).

Migration sollte daher nicht als ein "zu lösendes Problem" verstanden werden, sondern als eine komplexe Reihe unterschiedlicher Phänomene. Politische Entscheidungsträger:innen können diese Phänomene vielleicht nicht immer kontrollieren, aber sie können dazu beitragen, sie effektiv zu steuern, damit unsere Gesellschaften sie besser bewältigen und davon profitieren können. In einer ehrlichen Diskussion über dieses Thema muss anerkannt werden, dass verschiedene Arten der Migration unterschiedliche Auswirkungen auf die jeweiligen Aufnahmeländer und ihre Gesellschaft haben.

So ist die Freizügigkeit von EU-Bürger:innen zwischen den Mitgliedsstaaten eine der häufigsten Formen von Migration in europäischen Ländern. Studien zeigen, dass die Zuwanderung von EU Bürger:innen in der Regel positive Auswirkungen auf die Steuereinnahmen der Aufnahmestaaten hat¹⁴ und in den meisten Fällen politisch nicht sonderlich umstritten ist (der Brexit war dabei eine Ausnahme). In vielen europäischen Ländern besteht eine große Nachfrage, sowohl nach hochqualifizierten Arbeitsmigrant:innen, als auch nach gering qualifizierten Arbeitskräften – von innerhalb und außerhalb der EU – um Engpässe vor allem in Bereichen wie Transport und Logistik,¹⁵ Landwirtschaft¹⁶ sowie in der Gesundheits- und Pflegebranche¹⁷ zu bewältigen.

Wissenschaftler:innen haben auf die alternde Bevölkerung und die niedrigen Geburtenraten in Europa hingewiesen, sowie darauf, dass die

Sozialsysteme in der EU ohne junge Arbeitskräfte kaum bestehen werden können. Einige warnen sogar, dass dies das Überleben der EU und die Aufrechterhaltung des Lebensstandards in der Union bedrohe.¹⁸

Andererseits gibt es Anhaltspunkte dafür, dass – zumindest kurz- bis mittelfristig – die wirtschaftlichen Auswirkungen des Zuzugs von Geflüchteten in europäische Staaten negativ sein können, wobei es allerdings auch Belege dafür gibt, dass sich dies zu ändern beginnt, nachdem geflüchtete Menschen einige Zeit im Land und auf dem Arbeitsmarkt verbracht haben.¹⁹

In jedem Fall machen Geflüchtete und Asylsuchende in den meisten europäischen Ländern nur einen sehr kleinen Teil der Bevölkerung aus. Selbst in den Ländern, die in den vergangenen Jahren einen großen Zustrom von Asylsuchenden und Geflüchteten zu verzeichnen hatten, sind die Auswirkungen pro Kopf gering: In den 13 Jahren von 2008 bis 2021 gewährte Schweden pro 10.000 Einwohner:innen durchschnittlich 22 Personen pro Jahr Schutz, Deutschland durchschnittlich elf Personen pro Jahr, Frankreich drei und das Vereinigte Königreich lediglich zwei.²⁰

Was sollten Politiker:innen tun? Verantwortung liegt bei beiden Seiten.

Indem sie sich immer wieder an Debatten beteiligen, in denen Migration als Krise dargestellt und "Lösungen" gefordert werden, unterstützen, bestätigen und verstärken politische Entscheidungsträger:innen diese Krisen-Darstellung des Themas stillschweigend, sogar wenn sie selbst eine Gegenposition einnehmen. Dadurch wird das Thema und die krisenhafte Darstellung von Migration kontinuierlich in den Vordergrund gerückt, was wiederum die Unterstützung für rechtsgerichtete Parteien erhöht (siehe Beitrag "Über Migration sprechen: Ein Plädoyer für mehr Gelassenheit"). Dies bedeutet, dass alle Teilnehmer:innen an Debatten, in denen das Thema als Krise dargestellt wird, letztendlich ein Spiel

mitspielen, das zugunsten einer restriktiveren Migrationspolitik ausgelegt ist. Diejenigen, die eine solche Migrationspolitik nicht mittragen wollen, täten also gut daran, diese Art von Debatten nicht weiter anzuhetzen – indem sie die Teilnahme an ihnen nach Möglichkeit einstellen (oder drastisch reduzieren).

Um die Migrationsdebatten vom "Krisen"-Framing wegzuführen, bedarf es einer Strategie, die vor allem eine entscheidende Gruppe anspricht und überzeugt: Menschen mit einer "konservativen Wertorientierung", da diese Gruppe aktuell besonders stark von Sorgen bezüglich Migration beeinflusst ist.²¹

Wie sieht also ein verändertes Migrationsnarrativ für Europa aus, das Menschen mit einer solchen konservativen Wertorientierung ansprechen kann? In diesem Zusammenhang muss klargestellt werden, dass konservative Werte nicht mit rechtsradikalen Werten gleichgesetzt oder verwechselt werden sollten. Konservative Werte sind ebenso wie liberale Werte nicht in Stein gemeißelt und unterscheiden sich von Person zu Person. Es ist unmöglich in diesem Beitrag alle Möglichkeiten, wie man an konservative Werte appellieren kann, zu thematisieren. Wir möchten jedoch eine Erwartung, die klassischerweise gerade auch von Konservativen geteilt wird, an dieser Stelle anführen: Die Erwartung dass politische Entscheidungsträger:innen grundlegende Standards in Sachen Ehrlichkeit, sowie Respekt für die Rechtsstaatlichkeit, einhalten sollten. Dieser Ansatz wird in Protokollen wie den sogenannten *Nolan Principles*²² deutlich, die von der Tory-Regierung in Großbritannien in den 1990er Jahren aufgestellt wurden. Nach diesen Grundsätzen erwartet die Öffentlichkeit von Staatsbediensteten Selbstlosigkeit, Integrität, Objektivität, Rechenschaftspflicht, Offenheit, Ehrlichkeit und Führungsqualitäten.

Im Kontext der Migrationsdebatte sollte die Berufung auf diese konservative Erwartung von Ehrlichkeit auch die Aufrichtigkeit von politischen Entscheidungsträger:innen in Bezug auf das umfassen, was sie zu erreichen vermögen oder

nicht. Mit einer Forderung nach Ehrlichkeit, Integrität und Rechenschaftspflicht werden somit auch unrealistische (Wahl-)Versprechen in Frage gestellt – wie etwa das Versprechen der italienischen Ministerpräsidentin Meloni, die Ankunft von Migrant:innen in Italien durch eine "Seeblockade" zu verhindern, oder die wiederholten Versprechen der britischen Regierung, durch harte Abschreckungspolitik "die Boote zu stoppen".

Ebenso kann man davon ausgehen, dass viele Menschen, die konservative Werte vertreten, der Meinung sind, EU-Staaten sollten als Vorbild für weltweite Führungsqualitäten dienen. Dazu



Um die Migrationsdebatten vom "Krisen"-Framing wegzuführen, bedarf es einer Strategie, die vor allem eine entscheidende Gruppe anspricht und überzeugt: Menschen mit einer "konservativen Wertorientierung", da diese Gruppe aktuell besonders stark von Sorgen bezüglich Migration beeinflusst ist.



gehören die Einhaltung internationalen Rechts, die Ablehnung von Despotismus sowie die Bekämpfung von Terrorismus und Kriminalität. Somit ist fraglich, ob eine europäische konservative Wählerschaft einige der extremeren Versuche, die Mittelmeerüberquerungen zu stoppen, tatsächlich mittragen würden – wie etwa die EU-Finanzierung libyscher Milizen, die von der UNO wegen Kriegsverbrechen wie Vergewaltigung, Mord und Entführung beschuldigt werden.²³

Die Forderung, mit gutem Beispiel voranzugehen und zu realistischen und weniger polarisierenden Positionen überzugehen, gilt aber nicht nur für diejenigen, die konservative Werte vertreten:

Ehrlichkeit bedeutet in dieser Hinsicht auch, dass Organisationen den Ausdruck "sichere und legale Routen" nicht als Ersatz für "offene Grenzen" verwenden sollten. Darüber hinaus

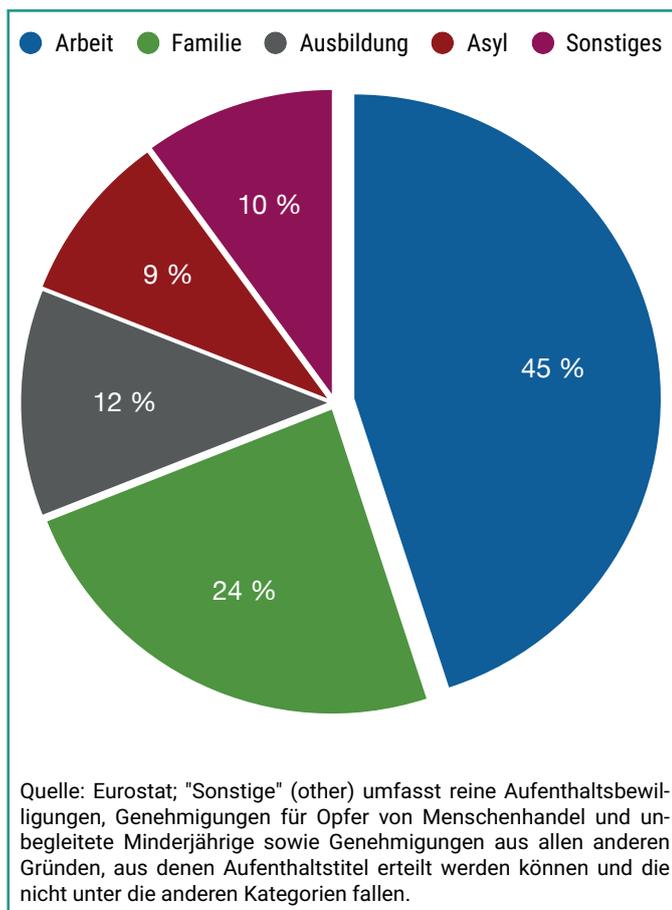
muss anerkannt werden, dass die öffentliche Unterstützung für Asylprogramme und -regelungen offenbar davon abhängt, dass einerseits Menschen, die keinen Anspruch auf Asyl haben, wirksam abgewiesen werden und andererseits diejenigen, die einen Anspruch haben, eine sichere Zuflucht finden.²⁴ Daher kann eine Kampagne für ein gut organisiertes, adäquat finanziertes, effizientes und robustes Asylsystem ein wirksames Mittel sein, um das progressive Ziel einer größeren öffentlichen Unterstützung für die Aufnahme von Geflüchteten, zu erreichen. Entscheidend dabei ist, dass der Großteil der Allgemeinheit Vertrauen in das System haben kann. Eine schnelle Bearbeitung von Asylanträgen, sowie die Abweisung von Menschen, die keinen berechtigten Asylanspruch haben, ist dabei äußerst relevant.

Fazit

Die Migrationsdebatte in europäischen Staaten ist geprägt von Unehrllichkeit in Form von ebenso simplen wie unrealistischen politischen Lösungsversprechen. Das Versprechen von einfachen Lösungen und Erfolgen auf beiden Seiten der Debatte ist naiv, polarisierend und irreführend. Außerdem scheitert dieser Ansatz in der Regel und hat den Effekt, dass das Vertrauen der Öffentlichkeit in unsere politischen Systeme weiter abnimmt. In diesem Beitrag wird daher argumentiert, dass eine ehrlichere Debatte über Migration von den Beteiligten auf beiden Seiten erfordert von Politikern abzurücken, die nicht-faktenbasiert und nur symbolischer Natur sind. Progressive Akteur:innen können mehr erreichen, wenn sie an die Vernunft der Menschen auch mit konservativen Werten appellieren – beispielsweise die angesprochene Erwartung, dass politische Entscheidungsträger:innen für die Wahrhaftigkeit und Seriosität ihrer Versprechen zur Rechenschaft gezogen werden sollten – als wenn sie die Bedenken dieser Gruppe schlicht übergehen. Der Beitrag argumentiert ebenso, dass dort wo progressive Akteur:innen bereit sind, ihre eigenen Ansätze und Annahmen zu hinterfragen und eine gemeinsame Basis mit ihren politischen Gegner:innen zu finden, sie dazu beitragen, dass Migration weniger als "Krise" betrachtet wird. Ein solches "Reframing" der Debatte weg vom Krisen-Narrativ scheint der Schlüssel zu sein, um die Gefahr zu verringern, dass das Thema in den Medien und politischen Debatten von Rechts vereinnahmt wird.

ANHANG 1 – Daten

Erstmalig ausgestellte Aufenthaltsgenehmigungen in der EU im Jahr 2021²⁵



ANHANG 2 - Versprechen und Übertreibung in der Migrationspolitik

Versprechen von Politiker:innen, Probleme durch vermeintlich simple politische Instrumente zu lösen, sind oft zum Scheitern verurteilt und verstärken das bereits mangelnde Vertrauen in sowie die Bedenken über Migrationssysteme im "Krisenzustand".

Vereinigtes Königreich:

- In den frühen 2000er Jahren versuchte der britische Innenminister David Blunkett (Labour), die Ankunft von Asylsuchenden im Vereinigten Königreich zu unterbinden, indem er die Schließung des Geflüchtetenlagers Sangatte bei Calais in Frankreich, nahe des Eurotunnels, aushandelte. Das Lager war in britischen Medien als Grund dafür genannt worden, dass Menschen versuchten, weiter ins Vereinigte

Königreich zu reisen, anstatt in Frankreich zu bleiben.²⁶ Die Schließung des Camps – und zusätzliche Sicherheitsvorkehrungen am Tunneleingang – wurden daher als einfaches Mittel zur Abschreckung angeblich irregulär Einreisender angeführt.²⁷ Sangatte war jedoch eher ein Symptom als die Ursache für Migration. Somit hatte die Schließung auch nicht den Effekt, dass die irregulären Einreisen gestoppt wurden – die Asylsuchenden hatten nun lediglich keinen sicheren Platz zum Schlafen mehr. Das daraus resultierende Chaos wurde später als der "Dschungel von Calais" bekannt. Zwar führten die strengeren Vorkehrungen dazu, dass der Eurostar nicht mehr zur irregulären Immigration benutzt werden konnte, doch die Asylsuchenden nutzten einfach andere Routen und versteckten sich oft in LKWs oder Autos. Um dem entgegenzuwirken, wurde eine weitere vermeintlich einfache Lösung vorgeschlagen: Massive Investitionen in erhöhte Sicherheitsvorkehrungen im Hafen von Calais. Dadurch sollte die Einreise in das Vereinigte Königreich weiter erschwert werden. Doch auch dies war nicht erfolgreich und führte ab Anfang 2018 zu einer neuen Innovation bei denjenigen, die nach Großbritannien weiterreisen wollten, nämlich der Nutzung von kleinen Booten. Diese Variante, mit der die Sicherheitskontrollen an der französischen Küste nun vollständig umgangen wurden, erwies sich als äußerst erfolgversprechend: Im Jahr 2022 erreichten auf diese Weise mehr als 40.000 Asylsuchende das Vereinigte Königreich.

- Anfang der 2010er Jahre hatte der Vorsitzende der britischen Konservativen sowie Oppositionsführer David Cameron einen technokratischen Ansatz zur Migrationskontrolle vorgeschlagen. Dieser basierte auf einer willkürlich festgelegten Nettozuwanderungsobergrenze von 100.000 Personen. Der Vorschlag war überaus populär. Seine Versprechen, dies zu erreichen, sorgten 2010 für den Wahlsieg und die Ernennung Camerons zum Premierminister. Doch als er im Amt war, wurde (trotz erheblicher neuer Beschränkungen für Zuwander:innen aus Nicht-EU-Ländern) schnell klar,²⁸ dass das Ziel mit den politischen Mitteln, die der Regierung

zur Verfügung standen, schlichtweg nicht zu erreichen war. Diese Unmöglichkeit wurde jedoch ignoriert und an der Quote festgehalten, selbst als die Nettozuwanderung auf 300.000 Personen anstieg. Bei der Wahl 2015 wurde das Nichterreichen des Ziels mit der EU-Mitgliedschaft begründet. Die Wahrnehmung, dass man beim Thema Zuwanderung "die Kontrolle verloren" habe, trug wesentlich zu der Entscheidung der Britinnen und Briten bei, die EU im folgenden Jahr zu verlassen. Doch auch nach dem Brexit ist die Nettozuwanderung nicht zurückgegangen: Die jüngsten Zahlen im Vereinigten Königreich belaufen sich auf mehr als 600.000 Menschen pro Jahr.

Italien:

- In ähnlicher Weise versprach auch Italiens rechtsradikale Regierung unter der Führung von Giorgia Meloni und ihrer Partei Fratelli d'Italia einfache Lösungen. Man wolle "alle Migrantenboote" stoppen. Dazu wurde auch eine Seeblockade (blocco navale) – unabhängig davon, wer sich auf den Booten befindet – ins Spiel gebracht. Ähnlich wie im Vereinigten Königreich haben sich diese Versprechen als nicht einlösbar erwiesen: Zwischen dem 1. Januar und dem 13. Juli 2023 sollen 73.414 Menschen irregulär auf dem Seeweg in Italien angekommen sein – im Vergleich zu 31.333 im gleichen Zeitraum des Vorjahres.²⁹ Melonis hochtrabende Versprechen waren offensichtlich unrealistisch und dürften die Wähler:innen enttäuschen, die Meloni aufgrund ihrer Warnungen vor "Krise" und "Invasion"³⁰ an die Macht gebracht haben.

Europäische Union:

- Ende 2015 entwickelten die politischen Entscheidungsträger:innen der EU ein Entwicklungshilfeprogramm, das auf der Prämisse basierte, dass mit mehr Entwicklungszusammenarbeit die "Migrationsursachen" in sich entwickelnden Ländern bekämpft und somit die Migrationsbewegungen nach Europa reduziert werden könnten. Die Wissenschaft ist jedoch mehrfach zu dem Schluss gekommen, dass Entwicklungszusammenarbeit die

Migration nicht eindämmt – und eine aktuelle Studie³¹ hat ergeben, dass die politischen Entscheidungsträger:innen dies auch wussten.

Global:

- Ähnlich verhält es sich mit der Forderung nach "sicheren und legalen Routen" für Asylsuchende, um Menschen davon abzuhalten, unsichere Überfahrten und Migrationswege zu wählen.³² Diese Vorstellung entspricht nicht zwangsläufig der Realität. Die Behauptung, ein solcher politischer Ansatz werde Menschen davon abhalten, gefährliche Überfahrten zu unternehmen, ist wahrscheinlich zu weit hergeholt. Jeff Crisp, der frühere Leiter der Abteilung für Politikentwicklung und Evaluierung des UN-Geflüchtetenhilfswerks (UNHCR), hat dies treffend formuliert:

"Angesichts der steigenden 'Nachfrage' und Suche nach Migrationsmöglichkeiten in den ärmeren Regionen der Welt sowie angesichts des generellen Unwillens der Industriestaaten, die Aufnahme von Menschen in großem Umfang zu erleichtern, ist schwer zu erkennen, wie eine solche Quadratur des Kreises erreicht werden kann. Das wahrscheinlichste Szenario ist, dass das Angebot an Möglichkeiten zur geregelten und legalen Migration die Nachfrage einfach nicht decken kann. Das bedeutet, dass Migrationswillige, die nicht für diese Art der Immigration ausgewählt werden, immer noch einen starken Anreiz haben, auf irreguläre Weise zu migrieren.

Tatsächlich kann sogar argumentiert werden, dass die Einrichtung von sicheren und legalen Routen die sozialen Netze zwischen Herkunfts- und Zielländern stärkt. So könnten Migrant:innen, die sich auf regulärem/legalen Weg auf die Reise begeben, ihre Landsleute in der Heimat über die Möglichkeiten informieren, die sich in den Zielländern bieten – und Geldüberweisungen an die Daheimgebliebenen tätigen, mit denen diese die Kosten für eine irreguläre, klandestine Überfahrt an denselben Ort bezahlen können. Anstatt die irreguläre Migration zu verringern, könnte die Einrichtung sicherer und legaler Routen also sogar zu ihrer Zunahme beitragen."

Endnoten

- 1 Siehe Transparency International - <https://www.transparency.org/en/news/cpi-2022-western-europe-eu-corruption-undue-influence-hurt-progress> und das Edelman Trust Barometer <https://www.edelman.com/sites/g/files/aatuss191/files/2023-01/2023%20Edelman%20Trust%20Barometer%20Global%20Report.pdf>
- 2 <https://www.birmingham.ac.uk/research/perspective/eu-ref-haughton.aspx>
- 3 <https://www.gov.uk/government/speeches/pm-statement-on-the-stop-the-boats-bill-7-march-2023>
- 4 <https://www.politico.eu/article/outrage-over-protecting-our-european-way-of-life-job-title/>
- 5 <https://www.telegraph.co.uk/world-news/2023/03/18/giorgia-meloni-warns-italy-faces-summer-invasion-migrants-refugees/>
- 6 Kainz, L. (2016) People Can't Flood, Flow or Stream: Diverting Dominant Media Discourses on Migration. Verfügbar unter: <https://www.law.ox.ac.uk/research-subject-groups/centre-criminology/centreborder-criminologies/blog/2016/02/people-can't> (Abgerufen am 15. August 2023).
- 7 Threadgold, Terry. "The media and migration in the United Kingdom, 1999 to 2009." Washington DC (2009).
- 8 Dennison, J. and Geddes, A. (2019), A Rising Tide? The Salience of Immigration and the Rise of Anti-Immigration Political Parties in Western Europe. *The Political Quarterly*, 90: 107-116. <https://doi.org/10.1111/1467-923X.12620>
- 9 Gessler, Theresa, and Sophia Hunger. "How the refugee crisis and radical right parties shape party competition on immigration." *Political Science Research and Methods* 10, no. 3 (2022): 524-544.
- 10 Boswell, Christina. "Research,'experts', and the politics of migration." *Bridging the gaps: Linking research to public debates and policy-making on migration and integration* (2019): 21-33
- 11 Crisp, Jeff. (2022), *Unpicking the Notion of Safe and Legal Routes*, Mixed Migration Centre. <https://mixedmigration.org/articles/unpicking-the-notion-of-safe-and-legal-routes/>
- 12 Siehe Sumption, Madeleine, (2022) *Financial Times* <https://www.ft.com/content/a5e94c31-4034-410d-9c17-8efe645177fc>
- 13 McNeil, Robert, and Eric Karstens. "Comparative report on cross-country media practices, migration, and mobility." *Reminder* (2018).
- 14 Nyman, Pär, and Rafael Ahlskog. "Fiscal effects of intra-EEA migration." *Reminder Project* (2018).
- 15 Siehe HR Forecast <https://hrforecast.com/why-the-uk-is-struggling-with-a-driver-shortage/#:~:text=According%20to%20this%20study%2C%20truck,the%20worst%20affected%20European%20countries> (Abgerufen am 15. August 2023).
- 16 Siehe [https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2021/689347/EPRS_BRI\(2.021\)689347_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2021/689347/EPRS_BRI(2.021)689347_EN.pdf) (Abgerufen am 15. August 2023).
- 17 https://health.ec.europa.eu/other-pages/basic-page/health-eu-newsletter-250-focus_en#:~:text=There%20is%20an%20estimated%20shortage,leaving%20other%20countries%20with%20shortages
- 18 Andreason, A. (2011). Will the EU survive its demographic deficit? *Yale Economic Review*, 7(1), 19-23. Verfügbar unter <https://www.proquest.com/scholarly-journals/will-eu-survive-demographic-deficit/docview/860007791/se-2>
- 19 Maxmen, A. (2018). Migrants and refugees are good for economies. *Nature*, doi: <https://www.nature.com/articles/d41586-018-05507-0#:~:text=The%20study%20finds%20that%20soon,by%20sucking%20up%20public%20resources.>
- 20 Migration Observatory (2022) – *Asylum and Refugee Resettlement in the UK* <https://migrationobservatory.ox.ac.uk/resources/briefings/migration-to-the-uk-asylum/>
- 21 Dennison and Geddes (2019) ebd.
- 22 Die Nolan Principles finden sich hier: <https://www.gov.uk/government/publications/the-7-principles-of-public-life/the-7-principles-of-public-life--2>
- 23 OCHCR 2022 - <https://www.ohchr.org/en/hr-bodies/hrc/libya/index>
- 24 Gibney, M. and Hansen, R. (2003) *Deportation and the liberal state: the forcible return of asylum seekers and unlawful migrants in Canada, Germany and the United Kingdom*. Verfügbar unter: <https://www.unhcr.org/media/deportation-and-liberal-state-forcible-return-asylum-seekers-and-unlawful-migrants-canada>
- 25 https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/priorities-2019-2024/promoting-our-european-way-life/statistics-migration-europe_en
- 26 Siehe beispielsweise *Daily Mail* <https://www.dailymail.co.uk/news/article-70041/The-Chunnel-siege.html> (Abgerufen am 16. August 2023).

- 27 Siehe The Guardian vom 12. Juli 2002 <https://www.theguardian.com/uk/2002/jul/12/immigration.immigrationandpublicservices> (Abgerufen am 16. August 2023).
- 28 Migration Observatory (2014). Missing the Net Migration Target <https://migrationobservatory.ox.ac.uk/resources/commentaries/missing-the-net-migration-target/>
- 29 Siehe Daily Telegraph vom 18. März 2023 - Giorgia Meloni warns Italy faces summer 'invasion' of migrants and refugees <https://www.telegraph.co.uk/world-news/2023/03/18/giorgia-meloni-warns-italy-faces-summer-invasion-migrants-refugees/>
- 30 Siehe Reuters vom 13. Juli 2023 - Italy's Meloni faces reality check as migrant flows rise relentlessly <https://www.reuters.com/world/europe/italys-meloni-faces-reality-check-migrant-flows-rise-relentlessly-2023-07-13/>
- 31 Natascha Zaun & Olivia Nantermoz (2022) The use of pseudo-causal narratives in EU policies: the case of the European Union Emergency Trust Fund for Africa, Journal of European Public Policy, 29:4, 510-529, DOI: 10.1080/13501763.2021.1881583
- 32 Siehe beispielsweise Politics Home vom 29. November 2021 - Safe and legal routes must be a pillar of our asylum system <https://www.politicshome.com/thehouse/article/safe-and-legal-routes-must-be-a-pillar-of-our-asylum-system> (Abgerufen am 16. August 2023).

Über den Autor



Rob McNeil

Rob McNeil ist Forscher und Berater mit dem Fachgebiet Migration in den Medien. Er hat für UN-Organisationen, Regierungen, zwischenstaatliche Organisationen und NGOs gearbeitet und eine Reihe von Schulungsmaterialien für Journalisten entwickelt, die über das Thema Migration informieren. Rob ist ein ehemaliger Journalist und Berater für Öffentlichkeitsarbeit und ist aktuell am Centre on Migration, Policy and Society (COMPAS) der Universität Oxford tätig, wo er stellvertretender Direktor des Migration Observatory ist.

Über die Foundation For European Progressive Studies (FEPS)

Die Stiftung für Europäische Progressive Studien (FEPS) ist der Think Tank der progressiven politischen Familie auf EU-Ebene. Ihre Aufgabe ist die Entwicklung innovativer Forschung, Politikberatung, Bildung und Diskussionen, um progressive Politiker:innen und Politik in ganz Europa zu inspirieren und zu informieren.

Die FEPS arbeitet in enger Partnerschaft mit ihren 68 Mitgliedern und anderen Partnern – darunter renommierte Universitäten, Wissenschaftler:innen, politische Entscheidungsträger:innen und Aktivist:innen – und stellt Verbindungen zwischen der Welt der Politik, der Wissenschaft und der Zivilgesellschaft auf lokaler, regionaler, nationaler, europäischer und globaler Ebene her.

Europäische Politische Stiftung – Nr. 4 BE 896.230.213 | Avenue des Arts 46 1000 Brüssel (Belgien)

www.feps-europe.eu | Twitter/Instagram: @FEPS_Europe | Facebook: @FEPSEurope

Über die Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) ist eine gemeinnützige deutsche Stiftung, die von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland finanziert wird und ihren Sitz in Bonn und Berlin hat. Sie wurde 1925 gegründet und ist nach dem ersten demokratisch gewählten Bundespräsidenten Deutschlands, Friedrich Ebert, benannt.

Die FES engagiert sich für die Förderung der gesellschaftspolitischen und wirtschaftlichen Entwicklung im Geiste der sozialen Demokratie durch politische Bildung, Forschung und internationale Zusammenarbeit. Die Friedrich-Ebert-Stiftung ist die älteste politische Stiftung in Deutschland.

FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG | EU-BÜRO BRÜSSEL | Rue du Taciturne 38, BE-1000 Brüssel (Belgien)

<https://brussels.fes.de> | @FES_Europa

ZU ÄHNLICHEN THEMEN

POLICY BRIEF
Dezember 2023

FEPS
FOUNDATION FOR EUROPEAN
PROGRESSIVE STUDIES

FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG

**ÜBER MIGRATION SPRECHEN: EIN
PLÄDOYER FÜR MEHR GELASSENHEIT**

Zusammenfassung

Der Diskurs in Medien, Politik und öffentlicher Debatte zum Thema Migration ist in europäischen Ländern, sowie weltweit oft polarisiert und eher negativ besetzt. Dies trägt zu Forderungen nach einer restriktiveren Migrationspolitik bei.

Wenn Organisationen dieses Paradigma ändern wollen, versuchen sie in der Regel, sich und ihre positiv konnotierten Botschaften verstärkt in die öffentlichen Debatten über Migration einzubringen. In diesem Beitrag wird untersucht, ob ein solches proaktives Engagement die Debatte tatsächlich effektiver beeinflussen kann, als die konventionelle Strategie, die Debatte durch eine geringere Beteiligung, beziehungsweise Zurückhaltung, zu entschärfen. Wir analysieren diese Optionen, indem wir die Frage anhand von Theorien zu *Framing* und *Agenda Setting* untersuchen.



AUTOR

Rob McNeill
Forscher und Berater
spezialisiert auf Migration in den
Medien und sozialwissenschaftlicher
Direktor des Migration Observatory
am Zentrum für Migration,
Politik und Gesellschaft der
Universität Oxford (COMPAS)

POLICY BRIEF
Dezember 2023

FEPS
FOUNDATION FOR EUROPEAN
PROGRESSIVE STUDIES

FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG

**ÜBER MIGRATION SPRECHEN:
EIN PLÄDOYER FÜR KLARE
KOMMUNIKATION**

Zusammenfassung

Die Wahl unserer Worte bei der Diskussion von Themen beeinflusst, wie wir sie verstehen und interpretieren. Das gilt besonders für Debatten über Migration, in denen die von uns verwendeten Begriffe vage sein können und einen sehr positiven Eindruck davon vermitteln, 'wer die Menschen sind', die migrieren. Dieser Eindruck kann völlig irreführend sein und zu falschen politischen Entscheidungen führen, die die Rechte und Möglichkeiten des Einzelnen beeinträchtigen oder sogar ihr Leben gefährden können.

In diesem Beitrag wird erläutert, dass die Wahl bei der politischen Entscheidungsfindung wichtig ist und dass gewisse Nuancen und sprachliche Klarheit von entscheidender Bedeutung sind. Darüber hinaus werden Empfehlungen für politische Entscheidungsträgerinnen und -Mediensachverständige gegeben, die sich mit dem Thema Migration befassen.



AUTOR

Rob McNeill
Forscher und Berater
spezialisiert auf Migration in den
Medien und sozialwissenschaftlicher
Direktor des Migration Observatory
am Zentrum für Migration,
Politik und Gesellschaft der
Universität Oxford (COMPAS)

**TOWARDS A HUMANE
REFUGEE POLICY FOR
THE EUROPEAN UNION**



Gesine Schwan
with the collaboration of Malisa Zobel

POLICY BRIEF
Dezember 2022

FEPS
FOUNDATION FOR EUROPEAN
PROGRESSIVE STUDIES

FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG

**WAR IN UKRAINE,
REFUGEES,
INCLUSION AND
HUMAN MOBILITY**

**THE CHALLENGES
FOR A PROGRESSIVE
EUROPEAN UNION POLICY**

ABSTRACT

After summarising the main EU decisions on the reception of Ukrainian refugees, with reference to the decision to grant them temporary protection, this policy brief analyses the migration profile and problems of reception and integration. The flows from Ukraine are largely composed of women and children, posing pressing needs for integration into schooling and the labour market, addressing the problems of brain waste and segregation.

The latter are also discussed in the light of the different geopolitical scenarios and therefore with respect to short-term and medium-to-long-term needs. The importance for the EU to equip itself with a flexible capacity to foresee and respond to migratory flows, combining measures for social and economic integration with measures that enable the mobility of people, overcoming existing discrimination in the treatment of different nationalities, is highlighted. This requires more solidarity among EU member states and territories. More generally, the proliferation of protracted crises around Europe calls for a new risk-management policy outside and inside the Union. Growing tensions must be prevented and governed with a progressive policy based on the recognition of human rights, investing in universal welfare and social and territorial cohesion, as well as on the nexus between migration and development in Ukraine.

Finally the Pact on Migration and Asylum should provide for more, diversified and intertwined safe channels of entry and mobility.



AUTOR

ANDREA STOCCHIERO
Research Coordinator on Migration
and Development at CeSPI

IN PARTNERSHIP WITH

FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG

Fondation
Jean Jaurès

IN CONJUNCTION WITH

CeSPI

POLICY BRIEF
Dezember 2022

FEPS
FOUNDATION FOR EUROPEAN
PROGRESSIVE STUDIES

FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG

**THE EU ASYLUM SYSTEM
AND THE UKRAINIAN
HUMANITARIAN
CRISIS**

ABSTRACT

This policy brief sums up the main findings of an international roundtable to discuss the future of the European Union asylum policies after the war in Ukraine.

The roundtable took place in Como, Italy, from 7 to 9 October 2022. It was organised by the Foundation for European Progressive Studies (FEPS), the Friedrich Ebert Foundation Italian Office, the Fondation Jean Jaurès and the Centro Studi di Politica Internazionale (CeSPI), in conjunction with the German-Italian Centre for the European Dialogue, Villa Vigore.

The objective of the workshop was to promote an essential and timely debate on the political pathways through which the EU can shape its asylum and migration policies, avoiding previous imbalances and injustice.

Thanks also to a preliminary background paper, 'War in Ukraine, refugees, inclusion and human mobility. The challenges for a progressive European Union policy' (A. Stocchiero, September 2022), CeSPI, the high-level debate underlined different critical aspects and agreed upon some relevant recommendations in order to enrich a progressive policy agenda regarding the EU migration and asylum policies in the medium and long term.



AUTOR

ANNA FERRO
Senior Researcher,
CeSPI

IN PARTNERSHIP WITH

FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG

Fondation
Jean Jaurès

IN CONJUNCTION WITH

CeSPI

ISSUE PAPER
EUROPEAN MIGRATION AND DIVERSITY PROGRAMME
14 NOVEMBER 2022

**Disinformation on
refugees from Ukraine:
Boosting Europe's
resilience after
Russia's invasion**

Alberto-Horst Neidhardt



DOI: 10.28361/APP

Über Migration sprechen: Ein Plädoyer für ehrliche Kommunikation